



# Äußerungen des Journalisten Stehle zu Gesprächen Wendt-Korber

16. Januar 1964

**Einzelnformation Nr. 42/64 über Äußerungen des westdeutschen Journalisten Stehle zu den Gesprächen zwischen Staatssekretär Wendt und Senatsrat Korber im Zusammenhang mit der Rückgabe des an Brandt gerichteten Briefs des stellvertretenden Ministerpräsidenten Stoph**

## Quelle

BStU, MfS, ZAIG 832, Bl. 3–7 (5. Expl.).

## Serie

Informationen.

## Verteiler

Ulbricht, Stoph – MfS: Wolf, Ablage.

## Vermerk

Handschriftlich unter dem Dokumententitel: »Quelle: HA V«.

Von dem westdeutschen Journalisten Stehle,<sup>1</sup> der Verbindungen zu Senatskreisen um Pressechef Bahr<sup>2</sup> hat und bereits mehrfach im Auftrag dieser Kreise Kontaktmöglichkeiten zu DDR-Organen sondierte und Kontaktvorschläge unterbreitete, wurden einer zuverlässigen Quelle weitere Äußerungen zu den Gesprächen zwischen Staatssekretär Wendt<sup>3</sup> und Senatsrat Korber<sup>4</sup> übermittelt.<sup>5</sup> Es geht wiederum um eine offenkundige Lancierung von Auffassungen der Kreise um Brandt<sup>6</sup> und Bahr. Es kann allerdings nicht eingeschätzt werden, inwieweit es sich dabei um subjektive Auslegungen Stehles im Sinne seiner persönlichen Ambitionen und inwieweit es sich in jeder Beziehung um konkrete Aufträge Bahrs für eine Lancierung der folgenden Einzelheiten an die Organe der DDR handelt. Stehle betonte besonders die angeblich ihm gegenüber von Bahr geäußerte Auffassung, in Kreisen des Westberliner Senats gebe es große Befürchtungen, dass die reaktionären Kreise in Bonn, die gegen weitere Verhandlungen zwischen dem Senat und der Regierung der DDR sind, nach neuen Anlässen für eine Störung der Verhandlungen suchen. Es seien erste Anzeichen festzustellen, dass die Bonner Regierung die Taktik verfolgt, den gegenwärtigen Schwebezustand in den Verhandlungen noch über Wochen hinzuziehen. Im Verlaufe dieser Zeit könnten die reaktionären Kräfte genügend Material gesammelt haben, um eine Kampagne mit dem Ziel zu beginnen, die Schuld am Scheitern weiterer Verhandlungen der DDR zuzuschieben.

Nach Auffassung der Kreise um Brandt säßen in der Bonner Regierung genügend Leute, die in der Vergangenheit umfangreiche Erfahrungen in der Sabotage von Verhandlungen im internationalen Maßstab gesammelt hätten. Dazu komme noch, dass Brandt zzt. mit der Übernahme der Funktion des SPD-Parteivorsitzenden fast völlig ausgelastet sei. Brandt habe sich während der Tagung der SPD-Führungsgremien in Westberlin ebenfalls scharfer Angriffe aus den Reihen seiner eigenen Partei erwehren müssen.

Stehle übermittelte in diesem Zusammenhang folgende Version der Rückgabe des an Brandt gerichteten Briefs<sup>7</sup> von Willi Stoph.<sup>8</sup> Während des Gesprächs zwischen Wendt und Korber am 3.1. habe Korber beim Vortrag einiger Punkte hinsichtlich der Auffassungen des Senats über eine Fortführung des Passierscheinabkommens<sup>9</sup> als Gedächtnisstütze einen Zettel benutzt. Anschließend habe er Staatssekretär Wendt angeboten, diesen Zettel mitzunehmen. Wendt habe sich nur unter der ihm von Korber zugesicherten Bedingung dazu bereit erklärt, dass dieser Zettel nicht als offizielles Dokument angesehen wird. Während der Besprechung am 4.1. habe Korber eine Zurücknahme des Zettels abgelehnt, jedoch zugestimmt, dass Wendt ihn vor seinen Augen zerriss.

Am 4.1. habe Korber dem Senat Bericht erstattet und dabei auch die Angelegenheit mit dem Zettel erwähnt. Dadurch habe sie Aufnahme in den Bericht des Senats gefunden, der am 5.1. der Bonner Regierung übergeben wurde. In einer Debatte des Kabinetts habe Mende<sup>10</sup> dann die Angelegenheit bewusst als »Vernichtung eines offiziellen Dokuments des Senats« und »Brüskierung des Westberliner Verhandlungspartners« ausgelegt. Als »Gegenmaßnahme« sei von der Bonner Regierung gefordert worden, die Angelegenheit zum Anlass für die Rückgabe des Korber am 3.1. übergebenen Briefs von Stoph an Brandt zu benutzen.<sup>11</sup>

Stehle betonte, diese Version in einem persönlichen Gespräch von Bahr erfahren zu haben. Angeblich hätten sich die Kräfte um Brandt entschieden dagegen gewehrt, den Brief von Stoph zurückzugeben. Brandt habe ernsthaft befürchtet, dass die Verhandlungen mit der DDR daran scheitern würden. Er habe zwar unter dem politischen und auch finanziellen Druck der Bonner Regierung den Brief zurückgeben lassen, zugleich aber eine Reihe von Maßnahmen eingeleitet, um einen Abbruch der Verhandlungen zu verhindern. Er habe mit Korber persönlich eine Erklärung abgestimmt, dass der Senat die Rückgabe des Briefes bedauere, dass die Rückgabe aber notwendig sei, weil Westberlin nicht politisch völlig frei handeln könne, und dass der Senat auf eine Weiterführung der Verhandlungen und auf Verständnis bei der Regierung der DDR hoffe. Weiterhin habe Brandt über Stehle der Regierung der DDR die Auffassung übermitteln lassen, dass die Rückgabe des Briefes nicht als Verhandlungsabbruch angesehen werden solle. Schließlich habe sich Brandt in einem Kommentar für den »Deutschlandfunk« bewusst pessimistisch über die Aussichten weiterer Verhandlungen mit der DDR geäußert, um mögliche Angriffe der Gegner des Berliner Abkommens im Falle eines Abbruchs weiterer Verhandlungen noch vor der Rückgabe des Briefes von sich abzulenken. Der Kommentar sei jedoch zurückgehalten und erst dann gesendet worden, als der Brief schon zurückgegeben war.

Die Rückgabe des Briefes durch Korber an Wendt sei am 10.1. unter vier Augen erfolgt. Wendt habe die Rückgabe des Briefes als eine »Katastrophe« bezeichnet und erklärt, dass durch die irrtümliche Auslegung der Angelegenheit mit dem Zettel eine völlig neue Situation entstanden sei. Er habe betont, er hätte die Angelegenheit für so unwichtig gehalten, dass er zwar den stellvertretenden Ministerpräsidenten Abusch<sup>12</sup> persönlich darüber informiert, jedoch nicht einmal einen Aktenvermerk angefertigt habe. Nach dem Gespräch am 10.1. sei vom Senat erneut ein umfassender Bericht angefertigt worden. Er sei sowohl der Bonner Regierung, als auch, durch Senator Schütz,<sup>13</sup> Bundespräsident Lübke<sup>14</sup> übermittelt worden.

Stehle betonte, Bahr habe ihm ausdrücklich aufgetragen, das »ernsthafte Interesse« des Senats an einer Fortführung der Verhandlungen mit der DDR zu bekunden. Das nächste Gespräch zwischen Wendt und Korber werde vom Senat intensiv vorbereitet. Korber werde mit Gegenangeboten auf das sogenannte Ministerialprogramm eingehen, das Wendt während des letzten Gesprächs unterbreitet habe. Korber werde sich im Auftrage des Senats mit zeitweiligen Zwischenlösungen in der Passierscheinfrage wie z. B. für dringende Familienanlässe einverstanden erklären, um den Weg von Verhandlungen mit der Regierung der DDR unter allen Umständen weiter offenzuhalten.

Bahr habe Stehle auch empfohlen, am 16.1. ein Gespräch mit dem Leiter der sogenannten Treuhandstelle für den Interzonenhandel<sup>15</sup> Leopold<sup>16</sup> zu führen und dabei vorzuführen, ob der Boykott der Leipziger Messe<sup>17</sup> zumindest für Westberliner Kaufleute und Industrielle gelockert werden kann. Es solle geklärt werden, ob ernsthafte Auseinandersetzungen zwischen Bundesregierung und Senat zu erwarten sind, wenn der Senat einer größeren Gruppe von Westberliner Interessenten die Möglichkeit zur Teilnahme an der Leipziger Frühjahrmesse 1964 gibt. Weiterhin solle Stehle klären, ob die Bonner Regierung mit einem umfangreichen Kreditangebot an die Regierung der DDR herantreten kann, um die Atmosphäre der Verhandlungen aufzulockern und von den direkten Verhandlungen zwischen Senat und DDR abzulenken.

Stehle teilte abschließend mit, dass er am 18.2. in Genf mit dem polnischen Außenminister Rapacki<sup>18</sup> ein Interview haben werde. Es gehe darum, die bekannten Vorschläge Rapackis in der westeuropäischen Öffentlichkeit wieder zu aktualisieren.<sup>19</sup>

Die Information darf im Interesse der Sicherheit der Quelle<sup>20</sup> nicht publizistisch ausgewertet werden.

1

Hansjakob Stehle, Jg. 1927, Journalist, 1958–63 für die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« als erster Korrespondent aus der Bundesrepublik in Polen, 1964–2008 Mitarbeiter der Wochenzeitung »Die Zeit« in Hamburg.

2

Egon Bahr, Jg. 1922, Journalist, SPD-Politiker, 1950–60 Chefkomentator des RIAS, 1960–66 Leiter des Presse- und Informationsamtes des Berliner Senats.

3

Erich Wendt, Jg. 1902, Partei- und Staatsfunktionär, 1922 KPD, 1947 SED, 1957–65 stellv. Minister für Kultur, führte von 1963 bis 1965 für die DDR-Seite die Verhandlungen mit dem Senat über das Passierscheinabkommen.

4

Horst Korber, Jg. 1927, wurde 1963 Senatsrat in der Senatskanzlei und war von Westberliner Seite aus Unterhändler für das Passierscheinabkommen mit Ostberlin.

5

Zur Vermittlerrolle Stehles, vgl. Münkler, Daniela: Kampagnen, Spione, geheime Kanäle. Die Stasi und Willy Brandt. Berlin <sup>2</sup>2015 ( BF informiert; 32), S. 37 f.; Kunze, Gerhard: Grenzerfahrungen. Kontakte und Verhandlungen zwischen dem Land Berlin und der DDR 1949–1989. Berlin 1999 (Studien des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin), S. 84–91 u. 128.

6

Willy Brandt, Jg. 1913, SPD-Politiker, 1957–66 Regierender Bürgermeister von Westberlin, 1966–69 Bundesaußenminister, 1969–72 Bundeskanzler, 1964–87 Vorsitzender der SPD.

7

Ein Brief Willi Stoph's an Willy Brandt, der auf vertraulicher Ebene die Autorisierung Alexander Abuschs und Erich Wendts zur Verhandlungsführung bestätigte, war am 7.1.1964 auf Westberliner Seite öffentlich gemacht worden. Vgl. ND v. 8.1.1964, <http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/ddr-presse/ergebnisanzeige/?purl=SNP2532889X-19640108-0-1-10-0> (25.1.2017).

8

Willi Stoph, Jg. 1914, Partei- und Staatsfunktionär, 1931 KPD, 1946 SED, 1953–89 Mitglied des Politbüros der SED, 1962 1. Stellv., 1964–73 und 1976–89 Ministerpräsident der DDR

9

Zwischen der Regierung der DDR und dem Senat von Westberlin wurde erstmals am 17.12.1963 eine Vereinbarung über die Ausgabe von Passierscheinen für Bürgerinnen und Bürger mit dem ständigen Wohnsitz in Westberlin für den Besuch des Ostsektors der Stadt für den Zeitraum vom 19.12.1963 bis zum 5.1.1964 getroffen. Allerdings erlaubte das Passierscheinabkommen ihnen zwar den Besuch im Osten, den Ostberlinerinnen und Ostberlinern blieb der Weg nach Westen aber auch weiterhin versperrt. Vgl. Alisch, Steffen: Berlin ↔ Berlin. Die Verhandlungen zwischen Beauftragten des Berliner Senats und Vertretern der DDR-Regierung zu Reise- und humanitären Fragen 1961–1972. Berlin 2000 (Arbeitspapiere des Forschungsverbundes SED-Staat; 31/2000); Huhn, Eckart: Die Passierscheinvereinbarungen des Berliner Senats mit der Regierung der DDR 1963 bis 1966. Deutsch-Deutsche Verhandlungen zur Überwindung der politischen Sprachlosigkeit und der Milderung menschlicher Härten als Folge des Mauerbaus. Ludwigsfelde 2011; Kunze, Gerhard: Grenzerfahrungen. Kontakte und Verhandlungen zwischen dem Land Berlin und der DDR 1949–1989. Berlin 1999 (Studien des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin).

10

Erich Mende, Jg. 1916, Politiker, FDP (ab 1970: CDU), 1963–66 Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen.

11

Zur Rückgabe des Stoph-Briefes vgl. Kunze, Gerhard: Grenzerfahrungen. Kontakte und Verhandlungen zwischen dem Land Berlin und der DDR 1949–1989. Berlin 1999 (Studien des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin), S. 143.

12

Alexander Abusch, Jg. 1902, 1961–71 Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats der DDR.

13

Klaus Schütz, Jg. 1926, SPD-Politiker, 1962–66 Senator für Bundesangelegenheiten, 1967–77 Regierender Bürgermeister von Westberlin.

14

Heinrich Lübke, Jg. 1894, 1959–69 Bundespräsident.

15

Im Berliner Abkommen vom 20.9.1951 wurden die Handelsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR geregelt als Beziehungen zwischen den Währungsgebieten West und Ost. Der Handel wurde auf der Basis von Verrechnungseinheiten (1 DM-West = 1 DM-Ost = 1 VE) und Warensorten berechnet und über zentrale Verrechnungskonten bei den Zentralbanken abgewickelt. Aufsichtsgremien waren für die Bundesrepublik die Treuhandstelle für den Interzonenhandel in Westberlin, für die DDR das Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel in Ostberlin.

16

Kurt Leopold, Jg. 1900, Verwaltungsbeamter, 1953–64 Leiter der Treuhandstelle für den Interzonenhandel, die mit den Vollmachten von Bundesregierung und Berliner Senat (als »Währungsgebiet DM-West«) die handelspolitischen Verhandlungen mit der DDR (als »Währungsgebiet DM-Ost«) führte.

17

Der politische Rat der NATO hatte am 6.2.1962 als Reaktion auf den Mauerbau die offizielle und halboffizielle Beteiligung der Mitgliedsstaaten an der Leipziger Messe beschlossen. Tatsächlich ging dadurch vor allem die westdeutsche und französische Beteiligung zurück, während Belgien, Italien und Großbritannien in einer solchen Maßnahme keinen Nutzen sahen. Vgl. Wenkel, Christian: Auf der Suche nach einem »anderen Deutschland«. Das Verhältnis Frankreichs zur DDR im Spannungsfeld von Perzeption und Diplomatie. München 2014 (Studien zur Zeitgeschichte; 86), S. 140–145.

18

Adam Rapacki, Jg. 1909, polnischer Politiker, 1945 PPS, 1948–68 Mitglied des Politbüros der PVAP, Oktober 1956 bis März 1968 Außenminister Polens.

19

1957 hatte der polnische Außenminister vorgeschlagen, die Territorien der Bundesrepublik, der DDR und Polens in eine atomwaffenfreie Zone zu verwandeln, in der Produktion, Stationierung und Einsatz von Kernwaffen verboten sei. Der später auf die Einbeziehung der ČSSR erweiterte Vorschlag wurde von der DDR aufgegriffen, nach anfänglichem Zögern auch in Prag und Moskau unterstützt, aus verschiedenen Gründen in Washington, London und Bonn abgelehnt. Der Plan wurde bis in die 1960er Jahre mit Modifikationen immer wieder aufgegriffen.

20

Dabei handelt es sich um GI »Gerhard« Hans-Joachim Seidowsky.

© Copyright by Stasi-Unterlagen-Archiv. Alle Rechte vorbehalten.